

## **Konrad Schily: „Humboldt neu denken: Welche Freiheiten Universitäten heute brauchen“**

**(Rede im Rahmen der Vortragsreihe „Universität der Zukunft“ an der Universität Frankfurt am 11. Juli 2007)**

Auch wenn die Vortragsreihe, in der als Redner aufzutreten ich das Vergnügen habe, „Die Universität der Zukunft“ heißt, möchte ich mit einem Ausflug in die Vergangenheit, genauer gesagt in die deutsch-preußische Geschichte des 19. Jahrhunderts beginnen. Die Historiker unter Ihnen mögen mir dabei mein recht cursorisches Vorgehen nachsehen. Weder habe ich die notwendige Zeit, ins Detail zu gehen, noch steht mir als Arzt und Politiker ein solch ausuferndes Wildern in fremden Gehegen zu. Wenn ich dennoch diesen kleinen Umweg über die Geschichte wage, dann um mich auf die Suche nach einer spezifischen Haltung, einem Denkstil, zu machen, den ich zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Deutschland zu finden glaube und von dem ich hoffe, dass er auch für die Bewältigung der Zukunft einiges beizutragen hat. Die Vergangenheit also:

Vor 200 Jahren, im Jahre 1807, stand das Preußische Königreich vor den Trümmern einer über einen langen Zeitraum verfehlten Politik. Die verloren Schlacht bei Jena und Auerstedt sowie die zeitweise napoleonische Besetzung Berlins im Jahre 1806 hatten dazu geführt, die außenpolitischen Handlungsoptionen des einst so fortschrittlichen und im 18. Jahrhundert als Vorreiter der aufgeklärten Modernisierung gefeierten Landes gegen Null zu reduzieren. Im Innern ächzte der preußische Staat angesichts des französischen Innovationsdrucks unter der durch Absolutismus, Feudalismus und Bürokratie an Passivität gewöhnte Teilnahmslosigkeit seiner herrschenden Eliten. Die guten Ideen, an denen in bürgerlichen Kreisen zweifelsohne kein Mangel herrschte, fanden in den Kreisen der Macht kaum Widerhall. Frankreich stand unter Napoleon für Dynamik und Grenzüberschreitung, Preußen hingegen war ein geschlagenes Reich, in dem Stillstand und Regression herrschten.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1800-1866: Bürgerwelt und starker Staat, München 1998, S. 11ff.

Nur wenige Jahre später, im Jahre 1815, hatte sich die Lage fundamental gewandelt. Preußen, auf Grundlage einer klugen und konsequenten Reformpolitik in wenigen Jahren wieder erstarkt, gelang es 1813 in der Völkerschlacht bei Leipzig, den Napoleonischen Truppen eine empfindliche Niederlage beizubringen und sie mittelfristig hinter die Rheingrenze zurück zu zwingen. Wichtige gesamtgesellschaftliche Voraussetzungen für diesen militärischen Erfolg sind die strukturellen innenpolitischen Verbesserungen gewesen, die Preußen nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nationen und der notwendigen Flucht des Königs ins zeitweilige Exil eingeleitet hatte. Aus der Not der schweren Niederlage heraus hatte man dem erstarkenden Bürgertum den Raum gegeben, eine Vielzahl von organisatorischen und verwaltungstechnischen Neuerungen durchzusetzen.

Diese Reformen, die in den Geschichtsbüchern mit Namen wie Stein, Hardenberg und Humboldt verbunden werden, sind somit zunächst eine Reaktion auf die Herausforderung von außen, auf die Französische Revolution und die napoleonische Aggression, gewesen. Aber es waren angesichts großer Gebietsverluste und erdrückender Tributzahlungen nicht nur die Notwendigkeiten der Machträson, aus denen die großen preußischen Reformen erwachsen. In ihnen wurde zugleich auch ein innerer Reformdruck produktiv, eine bürgerliche Unzufriedenheit mit dem hergebrachten Herrschaftssystem. Neue Ideen, die man bis dato unterdrückt hatte, brachen sich Bahn. Eine sich erneuernde Beamenschaft machte sich an die Reform des verknöcherten feudal-ständischen Systems, sie orientierte sich dabei an dem Leitbild einer bürgerlichen Gesellschaft, die getragen werden sollte von den zwei Prinzipien der bürgerlichen Freiheit und der rechtlichen Gleichheit.

Modernisierungszwang von außen und bürgerlicher Modernisierungswille gingen eine Allianz ein, gegen die sich der zu großen Teilen immer noch rückständige Adel nicht mehr zur Wehr setzen konnte. Die Veränderungen, die darauf zielten, aus Untertanen Bürger zu machen, bezogen alle innenpolitischen Bereiche mit ein: Von der Neustrukturierung der Städteverwaltung und des Steuersystems über eine Reform des Heeres- und Polizeiwesens bis hin zur Neujustierung der Bildungs-, Wissenschafts- und Gewerbepolitik entwickelten die Protagonisten der Modernisierung – die Beamten – eine gesamtstaatliche Veränderungsaktivität, die

Preußen – um es neudeutsch auszudrücken – im Hinblick auf die Standortfrage für viele Jahre wieder mehr als bloß konkurrenzfähig werden ließ.

Für die in diesem Vortrag zur Debatte stehende Frage nach der „Universität der Zukunft“ ist vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozessen natürlich vor allem Wilhelm von Humboldt und die von ihm eingeleitete Universitätsreform von Interesse.

Im Jahre 1809 auf die Initiative des Freiherrn von Stein als Verantwortlicher für das preußische Bildungswesen berufen und von da an nur ein Jahr im Amt, gelang es Humboldt, bedeutende Impulse zu setzen, die weit über seine Amtszeit hinausreichten und die gesamte deutsche Universitätslandschaft des 19. Jahrhunderts tief prägten.

Ausgangspunkt seiner reformerischen Tätigkeit waren in der Tradition der schottisch-englischen Aufklärung vor allem jene Überlegungen, die er schon 1792 in seiner Schrift „Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen“ erörtert hatte, und die ihn neben Kant zum Ahnherren des deutschen Liberalismus werden ließen. Humboldts Schrift, die aufgrund von Zensurmaßnahmen erst 1806 und dann auch nur in Teilen veröffentlicht werden durfte, kreist in verschiedenen Perspektiven um zwei Denkelemente, die zutiefst dem bürgerlichen Emanzipationsanspruch der Aufklärung verpflichtet und damit natürlich den Unmut der Obrigkeit erregen musste – Freiheit und Bildung:

„Der wahre Zweck des Menschen, nicht der, welchen die wechselnde Neigung, sondern welche die ewig unveränderliche Vernunft ihm vorschreibt, ist die höchste und proportionierlichste Bildung seiner Kräfte zu einem Ganzen. Zu dieser Bildung ist Freiheit die erste und unerläßliche Bedingung. (...) Gerade die aus der Vereinigung mehrerer entstehende Mannigfaltigkeit ist das höchste Gut, welches die Gesellschaft gibt, und diese Mannigfaltigkeit geht gewiß immer in dem Grade der Einmischung des Staates verloren. Es sind nicht mehr eigentlich die Mitglieder einer Nation, die mit sich in Gemeinschaft leben, sondern einzelne Untertanen, welche mit dem Staat, d.h. dem Geiste, welcher in seiner Regierung herrscht, in Verhältnis kommen, und zwar in ein Verhältnis, in welchem schon die überlegene Macht des Staates das freie Spiel der Kräfte hemmt. Gleichförmige Ursachen haben gleichförmige Wirkungen. Je mehr also der Staat mitwirkt, desto ähnlicher ist nicht

bloß alles Wirkende, sondern auch alles Gewirkte. (...) Wer aber für andere so räsoniert, den hat man, und nicht mit Unrecht, in Verdacht, daß er die Menschen mißkennt und aus Menschen Maschinen machen will.“

Der Aufbau der 1810 gegründeten Berliner Universität, den er aus diesen grundsätzlichen Überlegungen und dem vom deutschen Neuhumanismus formulierten Menschenbild im Ringen mit der Ministerialverwaltung ableitete, ist mittlerweile sehr gut erforscht. Daher reichen hier einige wenige Verweise auf die Stichworte „Freiheit“, „Einheit von Forschung und Lehre“ und „Beschränkung der Staatstätigkeit“: Für Humboldt ist der Mensch selbst höchster Zweck aller Tätigkeit, auch der staatlichen. Dem Menschen wiederum ist Bildung seiner individuellen Anlagen die höchste Aufgabe. Möglich wird eine solche Bildungsinitiative nur in Freiheit, letztlich also in der angeleiteten Selbsttätigkeit in der Universität.

Für unseren Zusammenhang weit interessanter als die alleinige Konzentration auf den deutschen Bildungsdiskurs des 19. Jahrhunderts und in gewisser Weise auch zukunftsweisender ist darüber hinaus aber die Frage, welche grundsätzlichen Vorstellungen vom Menschen Humboldt mit seinem Bildungsideal verbunden sah und welche Forderungen an Freiheit und Autonomie der universitären Bildung sich, an Humboldt anknüpfend, für das 21. Jahrhundert reformulieren lassen.

Bezeichnend ist, dass im Zentrum der Humboldtschen Bildungsidee vor allem eine Leerstelle von Interesse ist, die situationsabhängig jeweils neu und mit jeweils anderen inhaltlichen Bezügen zu füllen ist. Mit anderen Worten: Das Bildungsgeschehen, das Humboldt am Beispiel klassischer Bildungsgüter durchspielt, bedarf einer formalisierten Betrachtung, soll es für die Gegenwart aktualisiert werden. Weniger um die vornehmlichen konkreten Bildungsinhalte geht es meines Erachtens bei der ebenso spannenden wie notwendigen Aktualisierung Humboldts, sondern um die Akzentuierung einer Haltung der tätigen Bereitschaft, sich in Freiheit und aus Lust mit einem Gegenstand forschend auseinander zu setzen. Dies kann eine mathematische Formel oder auch ein Shakespeare'sches Sonnet sein. Wichtig ist zunächst die kreative Konfrontation, aus der sich – angeleitet durch den universitären Lehrer und in Selbsttätigkeit Erkenntnisse über die Sache selbst, aber – und das erscheint mir mindestens genauso wichtig – über die Wege der Erkenntnisgewinnung beziehen lassen. Wissenschaft nach Humboldt heißt

zunächst einmal und vor allen gezielten Forschungsfragen: Sich selbst beim Denken zuzuschauen und damit denken zu lernen.

Für die Universität der Gegenwart und Zukunft folgt hieraus: In einer Welt, in der sich die Wissensbestände immer mehr ausdifferenzieren, in der Wissensinhalte immer schneller veralten und in der alle gesellschaftlichen Kommunikationsweisen einer massiven Beschleunigung ausgesetzt sind, ist es neben der Beherrschung des Wissensstoffes und der Erlernung bestimmter Sozial- und Kommunikationstechniken umso wichtiger, das Grundprinzip der Bildung nicht zu vergessen und dieses wo immer möglich nach besten Kräften neu zu internalisieren.

Nur wer in der Lage ist, sich unbekannte Wissensfelder aus eigenem Antrieb heraus selbstständig zu erschließen, wird gerade im Bereich der Hochqualifikation auf den Arbeitsmärkten der Zukunft bestehen können. Notwendige Voraussetzung dafür, dass ein Bildungsgeschehen stattfinden kann, ist die Bereitschaft, eingefahrene Denkwege und fest institutionalisierte Verfahrenstechniken immer wieder aufs Neue zu hinterfragen. Notwendig sind Neugierde und der Wille, den Dingen nach besten Kräften auf den Grund zu gehen. Aber ein solcher Weg des eigenständigen Denkens, des Mutes, frei und mit offenen Augen den Dingen und Menschen entgegen zu treten, hat es in immer – an der Universität genauso wie anderswo – schwer gehabt.

Als zentraler gesellschaftlicher Trend der Gegenwart wird von der Soziologie benannt, dass alle Daseinsbereiche in einen massiven Fluss der Veränderung geraten sind. Tradierte Wissensbestände werden jeden Tag ein Stückchen mehr entwertet, Grenzen verschwimmen zunehmend, Neuerungsraten beschleunigen sich rapide. Die Informationsgesellschaft der globalisierten Welt ist eine der zentralen Herausforderungen, der wir uns stellen müssen. Aber anders als Preußen angesichts der Modernisierungsherausforderung Napoleons, fehlt im Deutschland der Gegenwart angesichts der Globalisierung häufig der Mut, diesen Umbruch als Chance der grundlegenden Strukturreform wahrzunehmen und Reformen jetzt – bevor wir noch mehr ins Hintertreffen geraten – anzugehen. Dort, wo damals äußerer Modernisierungsanlass und innerer Modernisierungswille eine fruchtbare Verbindung

eingingen, scheinen heute nahezu überall Angst und Besitzstandswahrung die Modi des Handelns zu bestimmen.

In der Politik ist in den letzten 15 Jahren ist angesichts der sich abzeichnenden Globalisierung eine stark etatistische Tendenz zu beobachten. Der Erosion der Relevanz des Staates tritt der Gesetzgeber mit umso massiverer Regelungswut entgegen, die gleichwohl der realen Entwicklung immer wieder hinterher hinkt. Angesichts sich verändernder Individualisierungseffekte glaubt die Politik – wieder einmal und bestimmt in bester Absicht – in Kontrolle und Bevormundung geeignete Rezepte politischen Gestaltens gefunden zu haben. In zentralen gesellschaftlichen Feldern – man denke etwa an den Arbeitsmarkt oder das Gesundheitswesen – hat man die Notwendigkeit von Veränderungen erkannt, die Bevölkerung akzeptiert dies in Teilen und ist bereit beschwerliche Wege mitzugehen.

Anstelle die Gunst der Stunde aber für zukunftsfähige Grundsatzreformen zu nutzen, denken viele Akteure – im Lamento des „immer-weiter-so“ befangen – nur von dem einen Tag zum nächsten und verschieben die grundsätzliche Lösung der Probleme auf die nächste Generation. Der mutige Wille zur Veränderung, der Hardenberg, von Stein und die anderen preußischen Reformer trotz aller bestehenden obrigkeitsstaatlichen Restriktion befähigte, den Schritt ins Offene zu wagen, ist heute nur vereinzelt zu erblicken.

Im Bereich der Bildung – und hier genauer noch im Bereich der Universität – sieht die Sache zunächst einmal grundsätzlich nicht viel besser aus. Jahrzehntlang hat sich ein enormer Reformstau angesammelt, der sich nun angesichts erhöhter ökonomischer Veränderungsnotwendigkeiten nicht mehr länger ignorieren bzw. Schönreden lässt. Wie die anderen Reformbaustellen in Deutschland – etwa die Sozialversicherung – so krankt auch der Universitätsbereich an der langen deutschen Tradition zu großer Staatsgläubigkeit. Die Einlösung der Forderung nach der Freiheit von Forschung und Lehre wurde bis in die Gegenwart hinein immer als Aufgabe des Staates verstanden – mehr Hegel als Humboldt also.

Ergebnis ist ein weit gefächertes Netz staatlicher Einrichtungen zur Versorgung mit höheren Bildungsgütern, die sich zusehend bequemer in der Erfüllung ihres

„Bildungsauftrags“ eingerichtet haben. Immer unverblümter griff der Staat in den letzten 30 Jahren des 20. Jahrhunderts in die Detailsteuerung der staatlichen Universitäten ein. Der „staatlich bewirtschaftete Geist“<sup>2</sup> degradierte die Hochschulen mehr und mehr zu nachgeordneten Behörden. Nicht die klugen Köpfe in den Universitäten selbst entschieden darüber, wie angesichts der einst von Georg Picht beklagten „Bildungskatastrophe“ zu verfahren sei, sondern Ministerialbeamte, die von Bundesland zu Bundesland verschieden, nach eigenem Kalkül politischen – und das heißt oftmals den Interessen der Universitäten zuwider laufende – Ziele verfolgten.

Diese Melange von Freiheitsrhetorik einerseits und faktischer Fernsteuerung andererseits hat sehr negative Auswirkungen gehabt und dafür gesorgt, dass das einstmals so geschätzte deutsche Universitätswesen in internationaler Perspektive viel an Renommee eingebüsst hat.

Heute ist augenscheinlich Bewegung in die verkrusteten Strukturen der Universitätslandschaft gekommen. In dem Bemühen um die klugen Köpfe wird die internationale Konkurrenz immer stärker, im Inland haben private Universitätsgründungen das Bildungsmonopol der staatlichen Hochschulen in Frage gestellt. Die öffentliche Diskussion über die Krise der Massenuniversität ist dabei durch eine große Aufgeregtheit und Emotionalität bestimmt, die oftmals dann aber leider wieder in wohlklingenden Phrasen und Programmen des Aktionismus verpufft. Bologna, Exzellenz und Internationalisierung sind in aller Munde, angesichts der Studierendenraten in anderen Ländern Europas und dem anhaltenden „Brain Drain“ in die USA wird von allen in Deutschland Verantwortlichen die Modernisierung der deutschen Hochschule gefordert. Die Rezepte, die zur Reform des deutschen Universitätswesens in Anschlag gebracht werden, greifen in der Regel allerdings nur punktuelle Verbesserungen heraus und bleiben den Versuch einer grundlegenden Neubestimmung schuldig. Gerade daher sehe ich in der Idee einer Stiftungsuniversität, deren Umsetzung in Hannover und Frankfurt verfolgt wird, einen hoffnungsvollen Versuch, der für die deutsche Bildungslandschaft Modellcharakter erhalten wird.

---

<sup>2</sup> Vgl. Konrad Schily, Der staatlich bewirtschaftete Geist

Fatal an der aktuellen öffentlichen Reformdiskussion ist meines Erachtens jedoch, dass sie alleine in ökonomischen und organisatorischen Kategorien, nicht mehr jedoch in bildungstheoretischen Kategorien geführt wird. Der Weg müsste aber genau in der entgegen gesetzten Richtung beschritten werden. Zunächst müssten wir uns wieder darüber klar werden, was für Universitätsabsolventen wir haben wollen, wie also der Zweck der Hochschule heute eigentlich aussieht. Wollen wir den Spezialisten, der sich in seinem engen thematischen Gebiet bestens auskennt, darüber hinaus aber kaum intellektuelle Kapazitäten für die Welt um ihn herum akkumulieren kann? Oder wollen wir solche Studierenden, die über ihr eigentliches berufliches Kerngeschäft und den Tagesbedarf hinaus denken können? Dies muss jede Universität für sich selbst entscheiden können.

**Meine erste These** lautet im Anschluss an Überlegungen von Jürgen Mittelstraß<sup>3</sup>: Nie war Bildung im Humboldtschen Sinne als ein „Programm der Menschwerdung durch die geistige Arbeit an sich und an der Welt“<sup>4</sup> so notwendig wie heute. In einer Gesellschaft, die sich als offen versteht, die sich zumindest im Ökonomischen über Kreativität und Innovation definiert und von ihren Bürgern Mobilität und Flexibilität einfordert, ist eben jene Leerstelle in der Bildungsidee Humboldts eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass Lehrende und Lernende die täglich von ihnen geforderten Vermittlungs- und Denkleistungen dauerhaft erfolgreich erbringen können. Ohne Bildungselemente, die die erforderliche Wissensgenerierung und Wissensvermittlung ergänzen, kommt einer Gesellschaft die Fähigkeit der Selbstreflexion abhanden, sie verliert die Perspektive für Zusammenhänge, gerät unter das Diktat des Zeitgeistes und geht am Prozess ihrer fortgesetzten Wandelbarkeit zugrunde.

Viele Bildungspolitiker haben die grundsätzliche Herausforderung, vor die wir durch die Revolution der digitalen Medien gestellt sind, in ihrer immensen Tragweite noch nicht wirklich begriffen. Richtig ist, dass die Welt durch die weltweite Vernetzung immer kleiner wird und wir in Zukunft nicht mehr alleine mit unseren topografischen

---

<sup>3</sup> Zum nachfolgenden vgl. Jürgen Mittelstraß, Universität als Lebensform, in: Nelson Killius, Jürgen Kluge, Linda Reisch: Die Bildung der Zukunft, Frankfurt a.M. 2003, S. 256-260.

<sup>4</sup> Konrad Paul Liessmann, Theorie der Unbildung. Die Irrtümer der Wissensgesellschaft, Wien 2006, S. 52.



Nachbarn konkurrieren werden, sondern potenziell mit allen Wirtschaftsstandorten auf der Welt. Von noch grundlegenderer Bedeutung als diese ökonomische Koordinatenverschiebung ist aber die Beobachtung, dass mit der Digitalisierung und Virtualisierung der Welt ein intakter Wissensbegriff verloren zu gehen droht. Die entstehende Wissensgesellschaft ist dem Ansturm von Informationen, Virtualität und semantischen Innovationen kaum noch gewachsen. Sie hat einen auf das Verständnis des Ganzen zielenden Wissensbegriff aufgegeben und betreibt ein m.E. gefährliches Programm der Spezialisierung und verliert so die Basis, gesamtgesellschaftlich über Zielsetzungen und Wertvorstellungen kommunizieren zu können. Die Wissensgesellschaft braucht daher – und dies ist **meine zweite These** – den Humboldtschen Bildungsbegriff, um neben dem hochspezialisierten Verfügungswissen auch weiterhin individuell wie gesellschaftlich relevantes Orientierungswissen formulieren zu können.

Eine solche Erneuerung des Humboldtschen Bildungsideals setzt ein Bildungs- und damit verbunden auch ein Universitätssystem voraus, das sich den Herausforderungen der Wissensgesellschaft stellt und das der einzelnen Universität die Möglichkeit gibt, ihren jeweils eigenen Platz in der deutschen Bildungslandschaft zu finden. Nach meinen Erfahrungen einer fast 25-jährigen Tätigkeit im Wissenschaftsbereich melde ich Zweifel an, dass der Staat mit seinen trägen Einrichtungen des Bundesministeriums, der Länderministerien und der Kultusministerkonferenz diesen Anforderungen gerecht zu werden in der Lage ist. **Meine dritte These** lautet daher: Von Humboldt lernen heißt, sich vom „geheimen Etatismus unserer deutschen Bildungsverfassung“ zu verabschieden und den Universitäten die Freiheit zur eigenen Entfaltung zu geben.<sup>5</sup> Bildung und Bildungsenthusiasmus kann nicht von oben bestimmt werden, sondern das muss von unten wachsen. Dazu braucht es in der Universität die richtigen – freien – Strukturen. Es braucht freie Professoren, die jenseits von engen Fächergrenzen frei denken und gemeinsam gestalten wollen. Und es braucht freie Studenten, die sich Ernst genommen fühlen und die auf Augenhöhe am Projekt der gemeinsamen Hochschule mitwirken. Ein solches Zusammengehen aller Kräfte der Hochschule muss jedoch ganz neu gedacht werden. Nicht im Sinne der nach dem Modell der

---

<sup>5</sup> Heinz-Elmar Tenroth, Autonomie der Universität, Kultivierung des Wissens, in: Nelson Killius, Jürgen Kluge, Linda Reisch: Die Bildung der Zukunft, Frankfurt a.M. 2003, S. 261-266, hier S. 261.

Tarifgemeinschaft organisierten Gruppenuniversität kann dies geschehen, sondern in Form eines Zusammenwirkens, dass in dem Zusammenhang von Betroffenheit, Kompetenz und Verantwortung geordnet ist.

Lassen sie mich einige Elemente einer Humboldtschen Erneuerung der deutschen Universität beschreiben. Die zentrale Aufgabe der Universität der Zukunft wird es sein, eine Atmosphäre der Inspiration zu schaffen, in der Menschen sich dazu aufgefordert fühlen Dinge neu und anders zu denken. Kreativität der Wissenschaft kann ohne Freiheit nicht gelingen. Die Freiheit des Einzelnen wie auch der Universität insgesamt, sind wichtige Voraussetzungen dafür, eingefahrene Denk- und Forschungswege sowie tradierte Hierarchien und Organisationsmuster immer wieder aufs Neue zu hinterfragen. Kreativität in der Neugestaltung von universitären Kernleistungskompetenzen kann nicht eindimensional verordnet werden, sondern bedarf der Autonomie, und dies in einem dreifachen Sinne:

Der Begriff der Autonomie bezieht sich zum ersten auf die Finanzhoheit der Universität. Sie muss auf der Grundlage dauerhaft garantierter, teilstaatlicher Finanzierung die Möglichkeit haben, selber darüber zu entscheiden, welche Mittel – seien es solche aus öffentlicher oder auch aus privater Hand – sie wofür einsetzen will. Kreativität kann sich nur in direkter Auseinandersetzung mit Problemen ergeben – und nur im unmittelbaren Kontakt kann entschieden werden, welche Mittel für eine bestimmte Lösungsstrategie anzuwenden sind. Wenn über den „langen Dienstweg“ erst beschlossen werden muss, wie auf einen bestimmten Trend oder neue Erkenntnisse zu reagieren sei, ist die „scientific community“ möglicherweise schon in eine ganz andere Richtung unterwegs, als zu Beginn der Entscheidungsfindung zu vermuten war. In einer globalisierten und zunehmend nach Prinzipien der Wissensgesellschaft funktionierenden Welt, sind bei internationaler Ausrichtung zugleich Mechanismen der selbstkritischen Lokalisierung und der Subsidiarität notwendig, um handlungs-, innovations- und kreativitätsfähig zu bleiben. Dies bedeutet vor allem, dass die Verantwortlichen vor Ort immer wieder neu unternehmerisches Handeln an den Tag legen müssen. Leitend ist die Frage: Wie erreichen wir die angestrebten Ziele unter effizienter Verwendung der zu Verfügung stehenden Mittel? Willensbildung und Willensdurchsetzung muss organisiert – darf aber nicht aufoktroiert – werden. Ganz im Gegenteil: Die Qualität eines

Willensbildungsprozesses hängt entscheidend davon ab, ob das gesamte in der Universität vorhandene Wissen zielführend mobilisiert werden kann. Partizipation der Mitarbeiter und des Studierenden ist kein Übel, sondern eine Ressource von unschätzbarem Wert.

Aber – und dies kann ich im Rückblick auf meine Jahre an der Spitze der Uni Witten/Herdecke aus eigener Erfahrung sagen – Freiheit darf nicht mit der „unerträglichen Leichtigkeit des Seins“ verwechselt werden. Freiheit mutet allen Beteiligten etwas zu. Sie verweigert sich einer Haltung entspannter Empfangsbereitschaft und nötigt dazu, sich zu beteiligen. Die Angst, die mit einem solchen Autonomisierungsprozeß verbunden ist – Angst vor Zukunftsunsicherheit etwa, vor privatwirtschaftlichen Abhängigkeiten, oder vor schlechteren Besoldungsbedingungen – muss ernst genommen und realistisch bewertet werden. Freiheit ist ein schweres Geschäft, aber die Unfreiheit erleidet nur Niederlagen. Für die Universität bedeutet dies, dass sie nur dann erfolgreich sein wird, wenn sie in ihrem Tun von einem demokratischen Prozess geleitet und getragen wird. Wenn allerdings alle Gruppen der Universität wie einst der preußische Adel an Privilegien festhalten wollen, wird es keine Entwicklung geben. Daher gilt es, darzulegen, dass und warum sich der Einsatz lohnt. Nur dann entwickelt sich Kreativität.

Die Autonomienotwendigkeit bezieht sich zum zweiten auf die Entscheidungen über die Zusammensetzung und das fachliche Profil der Universität. Auch hier gilt: Welche Schwerpunktsetzungen und fachlichen Konstellationen eine Universität eingehen will, kann nur in ihren eigenen Gremien entschieden werden. Dirigistische Einflussnahmen der Ministerien und Einwirkungen anderer außeruniversitärer Entscheider sind störend, verzögern Reflektionsprozesse und laufen der Eigenlogik des internationalen Wissenstransfers zuwider. Klar muss sein, dass man sich von dem von Bildungspolitikern lange gehegten Ziel einer einheitlichen Universitätslandschaft verabschieden muss. Diese war nie zu erreichen, sie weiter zu propagieren ist schädlich.

Differenzierung im Wettbewerb bei gleichzeitiger Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen heißt die Devise: Eigenständigkeit und Unverwechselbarkeit der einzelnen Universitäten in einem nationalen und zugleich europäischen

Hochschulraum ist die einzig logische Konsequenz aus den Veränderungen der internationalen Wissenschaftslandschaften. Der Bolognaprozess bedeutet eine große Gefahr für solche Universitäten, die sich nicht bewegen wollen, er ist eine große Chance für jene Institutionen, die sich auf die Suche nach neuen Allianzen und supranationalen Bildungsnetzwerke machen. Das „global going“ in intelligenter Weise zu organisieren, wird darüber entscheiden, ob eine Universität zukünftig in der internationalen Liga relevanter Forschungsuniversitäten mitspielt, oder beim Zugriff auf engagierte Studierende und hochqualifizierte Nachwuchswissenschaftler ins Hintertreffen gerät.

Ein zentraler dritter Aspekt des Autonomiegebots betrifft meines Erachtens die Freiheit und Einheit von Forschung und Lehre. Die Hochschulen müssen eine Autonomiefähigkeit nach innen entwickeln und zu lernfähigen Organisationen werden. Nur wenn es dem Universitätspersonal anheim gestellt ist, in Mikrokosmos eines Seminars oder einer Übung in direkter Interaktion mit den Studierenden einen Raum der Kreativität zu gestalten, kann auch der Makrokosmos der gesamten Universität Dynamik entwickeln. Studierende müssen wieder am Wissen der Forschung beteiligt werden. So kann eine motivierte Studierendenschaft zu einem wichtigen Ferment für die Innovationsfähigkeit der Hochschule werden. Aber auch hier gilt: Ein solches Bildungsgeschehen entsteht nicht auf Bestellung eines Senatsbeschlusses, sondern nur indirekt, indem es aus den Lehrveranstaltungen, Seminaren und Forschungslabors herauswächst und sich auf die Gesamtstruktur der Universität überträgt.

Im Hinblick auf die deutsche Situation ist dabei zu berücksichtigen, dass die Lehrenden genauso wie die Studierenden sich von der Vorstellung eines wohnortnahen Studiums lösen müssen. In einem Europa ohne Grenzen müssen Studierende und Lehrkräfte jene neue Mobilität aufbringen, die auch das Wissen in Zeiten globaler Wissenstransfers auszeichnet. Das Gleiche gilt für die Universitäten. Sie müssen ein neues Selbstverständnis entwickeln und begreifen, sich als Wettbewerber auf einem globalen Bildungsmarkt zu verstehen. Nur, wenn die deutschen Universitäten die nationalen, manchmal sogar föderalen Schranken überwinden, werden sie in der Konkurrenz um kluge Köpfe bestehen können. Hierfür kann es ein gutes Rezept sein, Forschungsschwerpunkte mit internationalen

Partnern herauszubilden und dann den länderübergreifenden Austausch zwischen den Studierenden zu intensivieren. Dies bedeutet nicht, einer vereinheitlichten Ausrichtung der Hochschulen an betriebswirtschaftlichen Kategorien das Wort zu reden. Je größer der internationale Wissenschaftsraum ist, umso wichtiger ist es zugleich, sich seiner regionalen Besonderheiten und spezifischen Stärken bewusst zu sein und diese auch zu kommunizieren. Unverwechselbarkeit ist zwar kein Wert an sich, in Kombination mit Leistungsbereitschaft und wissenschaftlicher Qualität aber ein nicht zu unterschätzender Faktor in der internationalen Wettbewerbssituation.

Gerade hier – und damit nähere ich mich dem Ende meiner Ausführungen – geht die Universität Frankfurt einen beispielhaften Weg. Mit dem Plan einer erneuten Umwandlung in eine Stiftungsuniversität ist ein großer Schritt in Richtung Autonomie – der inneren wie der äußeren – getan. Wie bei der Erstgründung 1914 ist zu hoffen, dass der private Geist bürgerschaftlicher Verantwortung dazu beiträgt, die Universität Frankfurt zu einer selbstreflexiven und innovationsbereiten Institution zu machen, die – wie schon in den 1920er Jahren – in europäischen Rankings wieder einen Spitzenplatz einnehmen wird. Damals wurde die Gründung der Frankfurter Uni gegen den Widerstand des Preußischen Abgeordnetenhauses und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung erstritten, nicht zuletzt aus dem einfachen Grunde, dass sie die Dinge anders – und das heißt: freier – machen wollte.

Von Beginn an war der Anteil Studierender weiblichen Geschlechts deutlich größer als an den anderen Universitäten des Reiches. Die Universität Frankfurt berief – auch dies war ein deutsches Novum – jüdische Wissenschaftler auf ihre Lehrstühle, sie gründete – wie in den 1920er Jahren etwa das „Institut für Sozialforschung“ – neuartige Einrichtungen, in denen man über den Tellerrand eng gefasster Disziplinen hinaus denken konnte. Dieser Geist der Freiheit hat die Universität Frankfurt über die unruhigen Zeiten des Ersten Weltkriegs und der Nachkriegszeit hinweg zu einer Institution werden lassen, in der Nobelpreisträger wie Paul Ehrlich (Medizin) und andere kluge Köpfe wie Martin Buber, Karl Mannheim und Franz Oppenheimer einen Möglichkeitsraum für kreatives Denken gefunden haben. Ob dies auch heute wieder gelingt, hängt entscheidend davon ab, ob der Geist Humboldts für das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung von Studierenden, Lehrenden, städtischem Umfeld

und Alumni fruchtbar gemacht werden kann. Die preußischen Reformen waren getragen vom Verantwortungsgefühl und dem Selbstbewusstsein eines aufgeklärten und um Partizipation streitenden Bürgertums. Wenn es gelingt, die Universität Frankfurt zu einer Bürgeruniversität im Geiste Humboldts zu machen, wird sie dauerhaft Erfolg haben. Dazu bedarf es allerdings – um abschließend Hannah Arendt zu zitieren – der Bereitschaft aller Beteiligten „ohne Geländer zu denken“.